

# „Obamas Bankenpläne sind Wunschdenken“

Ökonom **Barry Eichengreen** fordert eine umfassende Regulierung statt Stückwerk. Er rechnet mit einer neuen US-Rezession und der Rettung Griechenlands durch EU und IWF. **Andreas Schnauder** fragte nach.

STANDARD: Sie haben diese Woche den Schumpeter-Preis erhalten. Hätte Schumpeter die Institute nicht im Sinne der kreativen Zerstörung fallengelassen?

Eichengreen: Ja. Schumpeter war in der Großen Depression gegen die Rettung von Banken. Aber er hat auch erkannt, dass die Lage außer Kontrolle geriet und dass der Kollaps des Finanzsystems zu viel Leid verursachen würde. Letztlich hat er das keynesianische Argument der Intervention verstanden.

STANDARD: Doch seit Lehman werden die Banken aufgefangen. Ist das nicht ein Blankoscheck für die Institute?

Eichengreen: Das ist ein Problem. Das erklärt, warum die Finanzwirtschaft seither wieder größere Risiken eingeht. Daher: Die Banken dürfen nicht so groß werden, dass sie ein systemisches Risiko darstellen und somit nicht fallengelassen werden können. Ebenso wichtig ist das Problem der Counterparty-Risiken: Lehman Brothers musste wegen der Credit Default Swaps (zur Absicherung von Risiken, Anm.) gerettet werden, die andere Banken hielten. Diese Papiere sollten über Clearing-Häuser geregelt werden.

STANDARD: Die EU hat zudem beschlossen, einen Selbstbehalt einzuführen, wenn diese Derivate weitergegeben werden.

Eichengreen: Das hilft ein bisschen, reicht aber nicht. Wir benötigen höheres Eigenkapital, eine Untergrenze für Liquidität, eine Obergrenze für die Verschuldung, die Reform der Vergütungen.

STANDARD: Und wie stehen Sie zu einer Bankensteuer?

Eichengreen: Steuern abhängig von der Bilanzsumme einer Bank, damit sie nicht zu groß werden, sind vernünftig. Der Vorschlag Obamas geht in die richtige Richtung. Aber die Steuer ist zu gering, um eine Kerbe zu schlagen.

STANDARD: Was halten Sie von der ebenfalls angekündigten Kastration der Banken?

Eichengreen: Dass Obama das Too-big-to-fail-Problem angeht, ist vielversprechend. Aber der Zugang macht mir Kopfzerbrechen. Die Frage stellt sich, ob mit Größenlimits und Verbot des Eigenhandels das Geschäft nicht außerhalb der Bilanzen verlagert wird. War das Schattenbankensystem nicht die Wurzel der Finanzkrise? Ich betrachte die Pläne als Wunschdenken. Wir brauchen eine umfassende Herangehensweise an das Problem, die ich derzeit nicht erkennen kann, und kein Stückwerk.

STANDARD: Werden die Bemühungen auf internationaler Ebene weit genug gehen?

Eichengreen: Werden sie nicht. Lediglich die Basel-Vorschläge für Eigenkapitalanforderungen an Banken gehen weit genug. Doch die USA haben schon Basel II mitverhandelt aber nicht umgesetzt. So stellt sich die Frage: Werden sie die jetzige Reform übernehmen? Ich bin mir nicht sicher.

STANDARD: Ist der Höhepunkt der Krise überschritten?

Eichengreen: Ich befürchte, dass das Schlimmste nicht überwunden ist. Die Konsumnachfrage in den USA dürfte durch die steigende Arbeitslosigkeit wieder geschwächt werden. Dazu kommt die anhaltende Schwäche am Immobilienmarkt. Ich befürchte eine Double-Dip-Entwicklung.

STANDARD: Wie geht es mit dem Dollar weiter?

Eichengreen: Der Dollar wird wahrscheinlich weiter nachgeben, weil die USA mehr exportieren müssen. Er wird aber eine Weltwährung bleiben, allerdings gemeinsam mit dem Euro und – in zehn Jahren – mit dem Yuan.



Den Schumpeter-Preis hat er in der Tasche, auf eine umfassende Finanzregulierung wartet er noch. **Barry Eichengreen** verlangt dabei einen umfassenden Zugang statt Stückwerk.

Foto: Matthias Cremer

STANDARD: Wird Osteuropa an die Boomzeiten anschließen?

Eichengreen: Das wird unmöglich sein. Das hohe Wachstum war nicht nachhaltig. Ein großes Problem ist, dass viele Länder ihre Wechselkurse nicht anpassen und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen können. Das gilt übrigens auch für Griechenland.

STANDARD: Wird Griechenland den Euro ernsthaft gefährden?

Eichengreen: Die logische Lösung ist eine Lösung, bei der der Währungsfonds die Bedingungen vorgibt und die EU den größten Teil der Finanzhilfe beisteuert.

STANDARD: Das ist bei Euro-Mitgliedern aber eigentlich nicht möglich.

Eichengreen: Alle Alternativen – dass Griechenland das Problem selbst löst oder pleitegeht – können wir eliminieren.

## ZUR PERSON:

Barry Eichengreen (57) ist Ökonomieprofessor an der Universität von Kalifornien, Berkeley. Er forscht über Finanzkrisen und Währungen.

SCHWERPUNKT:  
**Neue Finanzregeln im Fokus**

## Europas Politiker begrüßen US-Vorstoß

Branche aber in Aufruhr – Aktien von Bankinstituten kommen weltweit unter Druck

Frankfurt – Die Pläne von US-Präsident Barack Obama zur Regulierung der Banken haben in Europa gemischte Reaktionen ausgelöst. Während Politiker in Deutschland, Frankreich und Großbritannien den Vorstoß grundsätzlich begrüßten, äußerten sich Banken und Branchenvertreter zurückhaltend bis ablehnend.

Nach den Plänen Obamas müssen sich US-Institute künftig zwischen klassischen Bankgeschäf-

ten und Eigenhandel entscheiden. Zudem dürften Geschäftsbanken keine Hedgefonds oder Beteiligungsgesellschaften besitzen. Auch hinsichtlich der Größe sollen den Instituten Schranken auferlegt werden.

Die Konservativen in Großbritannien, die sich Hoffnungen auf eine Regierungsübernahme machen, bezeichneten die Bankpläne als „Vorbild“. Das britische Finanzministerium kündigte an, die

Pläne genau zu analysieren. Auch Frankreichs Finanzministerin Christine Lagarde hieß den Vorstoß gut. Das deutsche Finanzministerium sieht die Vorschläge als hilfreiche Anregung für die weitere internationale Debatte. Sie trügen aber stark nationale Züge und seien nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragbar.

In Österreich äußerten sich die Raiffeisenbanken ablehnend. „Die Vorschläge von Obama mögen für den US-Bankenmarkt notwendig sein, für die europäischen Verhältnisse schießen sie aber über das Ziel hinaus“, hieß es. An den Börsen kamen die Bankaktien weltweit unter Druck. „Sollte Obama das durchbringen, würde das den Gewinnen der Banken zusetzen“, sagte ein Händler. (red)

Börsenbericht Seite 18

## SIMON JOHNSON

### Macht sie einen Kopfkürzer

Nach der demokratischen Wahl in Massachusetts scheint die Regierung Obama endlich einen entscheidenden Schritt gegen Amerikas Bankeliten zu erwägen. Die Vorschläge von Ex-Fed-Chef Paul Volcker zur Beschränkung der Banken-Marktmacht werden wieder abgestaubt.



Bisher war die Geschichte ein Sieg für die großen Banker, seit im Frühjahr 2009 den gesünderen erlaubt wurde, Mittel des Rettungspaketes des Finanzministeriums zurückzahlen. Damit kamen sie den ohnehin sehr schwachen Beschränkungen aus, die ihnen bei Boni auferlegt wurden.

Normalerweise, wenn eine Branche in eine Krise schlittert, sind Einschnitte angesagt. Selbst wenn sich Pech mit Inkompetenz paart, muss das Management gehen, soll ein Unternehmen vom Staat gerettet werden. Das US-Finanzministerium hat dies wiederholt verlangt, auch mit IWF-Hilfe, wenn andere Staaten in Schwierigkeiten kamen.

Nur bei der US-Finanzindustrie ist gar nichts passiert. Die meisten großen Banken gibt es weiterhin, ihre Risikopraktiken haben sich kaum geändert, und schon gar nicht ihre Bezahlung. Warum war die Regierung so zurückhaltend? Die Furcht vor dem Zusammenbruch spielte eine Rolle, und die enge Verflechtung zwischen politischer und finanzieller Elite.

Jedenfalls wurde die Chance zur Reform verpasst; die Maßnahmen wirkten und die Banken verdienen wieder Geld, sogar mehr als vor der Krise. Die Regierung machte

im Sommer einen schwachen Reformvorschlag, der heftig bekämpft wurde. Die Anfang 2010 vorgeschlagene Bankensteuer würde nur ein Prozent der Gewinne ausmachen.

Es ist kein Wunder, dass sich die Banken widersetzen. Denn in guten Zeiten können sie den Rahm abschöpfen, in schlechten Zeiten den schwarzen Peter dem Steuerzahler zuschieben. Das begünstigt exzessive Risiken und verkürzt die Boom-Bust-Zyklen.

Aber jetzt erteilt die Regierung doch noch Reformeifer. Der Volcker-Vorschlag würde Banken verbieten, mit Kunden-Einlagen auf eigene Rechnung zu spekulieren, ein Verbot, das nach der Depression eingeführt, später verwässert und 1999 abgeschafft wurde. Das machte den Weg für riskante Hypothekenscheine frei.

Obama muss weiter gehen. Erstens sollten die Eigenkapitalanforderungen verdreifacht werden, auf 20 bis 25 Prozent Kernkapital. Damit käme den Aktionären künftig eine führende Rolle dabei zu, die Banken zur Vernunft zu bringen. Zweitens, wenn Banken „too big to fail“ sind, müssen sie geschrumpft werden, damit sie nicht in jeder Krise der Steuerzahler retten muss.

Obama tut recht daran, die Samthandschuhe im Umgang mit den sechs größten US-Banken auszuziehen. Die Konzentration von Wirtschaftsmacht, erklärte Teddy Roosevelt schon vor mehr als 100 Jahren, führt zu politischer Macht, was die Demokratie aushöhlt. Jetzt kann man sehen, dass sie auch schlechte Wirtschaftspolitik ist.

Simon Johnson ist Professor am MIT und war Chefökonom des Internationalen Währungsfonds. @Project Syndicate 2010 F.: EPA

Gemäß § 5 des Stellenbesetzungsgesetzes, BGBl. I, 1998/26, veröffentlicht die Research Center for Non Destructive Testing GmbH mit Sitz in Linz (FN 321400y), dass die Stelle der Geschäftsführerin/des Geschäftsführers mit Wirkung 15.01.2010 durch Herrn Dr. Peter Burgholzer besetzt wurde.

An dieser Entscheidung haben Herr DI Bruno Lindorfer, Geschäftsführer OÖ. Technologie- und Marketinggesellschaft m.b.H. und Herr Dr. Otmar Höglinger, Geschäftsführer Upper Austrian Research GmbH, mitgewirkt.

**FAST FORWARD ZU IHREM WUNSCHOBJEKT.**

Im ProjectWorkshop steht ab EUR 3.500,- alles fest. Der Entwurf, die Baukosten und die Termine. [www.peneder.com/Bau](http://www.peneder.com/Bau)

**PENEDER**   
FAST FORWARD

BAU